

«Libanon steht am Rand eines Bürgerkrieges»

Der Libanese Said Arnaout über die politische Krise in seiner Heimat und ihre historischen Wurzeln

INTERVIEW: WILLI HERZIG

Die Libanesen haben die «schlechte Gewohnheit», fremde Mächte um Hilfe zu rufen: Für Said Arnaout eine der Ursachen der politischen Krise.



Said Arnaout (56) ist in Beirut aufgewachsen und lebt in Tübingen (Deutschland). Als Sozialpädagoge lehrt er an der Fachhochschule für Sozialwesen in Reutlingen. Arnaout, sunnitisch-muslim, ist Initiator einer interkulturellen Begegnungsstätte in Wardaniyeh (Südlibanon) und hält sich deshalb häufig in seiner alten Heimat auf.

baz: Said Arnaout, sind die andauernden Proteste, die gewaltsamen Übergriffe und Bombenanschläge Indizien, dass Libanon in Richtung Bürgerkrieg treibt?

SAID ARNAOUT: Libanon befindet sich am Rand eines Bürgerkrieges. Aber es darf immer noch gehofft werden, dass ein Absturz in die Katastrophe vermieden wird. Dass in Beirut die meisten Demonstrationen bisher friedlich verlaufen sind, ist ermutigend. Das gilt vor allem für den 14. Februar, als nicht nur die oppositionelle Hizbollah ihre Mitte Dezember mit einem Zeltlager begonnene Blockade aufrecht erhielt; wenige Meter davon entfernt demonstrierten die Regierung Anhänger zum zweiten Jahrestag der Ermordung von Ex-Premier Rafik Hariri. Gegen einen Bürgerkrieg spricht auch, dass neben der libanesischen Armee nur die Hizbollah bewaffnet ist. Und diese schiitische Partei kann ihre Waffen nicht gegen Libanesen einsetzen, sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung.

Streitpunkte, die Libanon politisch spalten, sind das geplante internationale Tribunal, das die Ermordung Hariris und weitere politische Morde beurteilen soll, und die Zusammensetzung der Regierung. Sehen Sie Raum für Kompromisse?

Die Regierung von Premier Fuad Siniora hat die Opposition wiederholt zum Dialog gebeten. Doch die schiitische, von Teilen der Christen unterstützte Opposition blockiert den Dialog und damit einen möglichen Kompromiss. Denn ihr Anspruch auf zusätzliche Ministerposten ist gerechtfertigt. Nicht gerechtfertigt ist aber die von der Opposition verlangte Sperrminorität. Denn damit könnte sie die Regierungsarbeit blockieren.

Kann auch beim Tribunal ein Kompromiss gefunden werden?

Das Tribunal kommt so oder so, auch wenn sich Syrien dagegen sperrt. Das weiss man auch bei der Hizbollah, wie mir vergangene Woche ein führendes Parteimitglied bestätigt hat.

Hat der syrische Rückzug 2005 Libanon aus seinem prekären innenpolitischen Gleichgewicht gebracht?

Auf jeden Fall. Die syrischen Streitkräfte hatten Libanon ja fast 30 Jahre lang im Griff. Der syrische Geheimdienst setzte mit Korruption und Bespitzelung die Besetzung von Machtpositionen in Politik und Wirtschaft mit eigenen Anhängern durch. Jene Libanesen, die davon profitiert haben, sind weiterhin im Land. Die Syrer haben nicht verwunden, dass sie auf Druck der UNO und vor allem der USA Libanon verlassen mussten; schliesslich waren sie 1976 mit amerikanischer Billigung gekommen. Jetzt versuchen die Syrer, auf andere Art und Weise ihre Macht zu demonstrieren.

Durch Gewaltakte?

Alle Zeichen deuten auf syrische Unterstützung für jene hin, die in Libanon gezielt Bombenanschläge verüben. Die Serie begann im Oktober 2004 mit dem Versuch, einen Minister mit einer Autobombe umzubringen. Damals sagten wir alle: Die Botschaft ist angekommen. Drei Monate später wurde der frühere Premier Hariri ermordet, der sich syrischen Machtansprüchen lange Zeit widersetzt hatte. Da alle Indizien auf den syrischen Geheimdienst zeigen, wehrt sich Syrien mit Hilfe seiner libanesischen Verbündeten gegen das Tribunal.

Stimmt der Eindruck, dass sich in Südlibanon die Lage nach dem Krieg zwischen der Hizbollah und Israel im vergangenen Sommer mit der Stationierung einer grösseren UNO-Truppe stabilisiert hat?

Ich bin nicht so sicher. Es gibt die Befürchtung, dass Syrien und Iran, wenn sie unter starkem internationalem

«Praktisch jede Konfession hat ihre Schutzpatrone im Ausland.»

Druck stehen, die Hizbollah zu Anschlüssen gegen die UNO-Truppe anstiften könnten, um eine ähnliche Lage wie im Irak herbeizuführen.

Libanon gilt seit jeher als Spielball fremder Mächte. Warum gibt es keinen sozial und konfessionell übergreifenden Reflex gegen Bevormundung von aussen, keinen gemeinsamen Willen für einen echt souveränen Staat?

Das hängt mit der Geschichte des Landes zusammen, genauer mit dem Niedergang des Osmanischen Reichs im 19. Jahrhundert, der damaligen Besatzungsmacht. Grossmächte jener Zeit wie Frankreich, England und Russland traten zunehmend als Beschützer der verschiedenen konfessionellen Gemeinschaften auf. Die Engländer adoptierten Drusen und evangelische Christen, die Franzosen nahmen die maronitischen Christen in Schutz, Russland die orthodoxen Christen. Seither haben wir Libanesen



Spiel mit dem Feuer. Strassenblockaden sind Teil des Protests, mit dem die Opposition die Regierung stürzen will. Foto Keystone

die schlechte Gewohnheit, immer Unterstützung vom Ausland zu holen, um einen «Freund» oder «Bruder» auszuschalten. Praktisch jede Konfession hat ihre Schutzpatrone im Ausland. Für die Sunniten sind es heute Saudi-Arabien und andere sunnitisch-arabische Staaten, für die Schiiten sind es Syrien und Iran. Das politische System ist in Libanon so angelegt, dass die Konfession den Parteiausweis er-

setzt. Bei der Verteilung von Macht und Ämtern muss die Konfession stimmen, nicht die fachliche Qualifikation. **Gibt es Bestrebungen, den Konfessionalismus zu überwinden?**

Es gab Bestrebungen vor allem zur Zeit, als Hariri Regierungschef war. Er war überzeugt, dass der Konfessionalismus durch Bildung langfristig überwunden werden könne. Daher finanzierte er über 35 000 jungen Libane-

sen aller Konfessionen das Studium. Was aber seit rund zwei Jahren abläuft, ist ein Rückschritt.

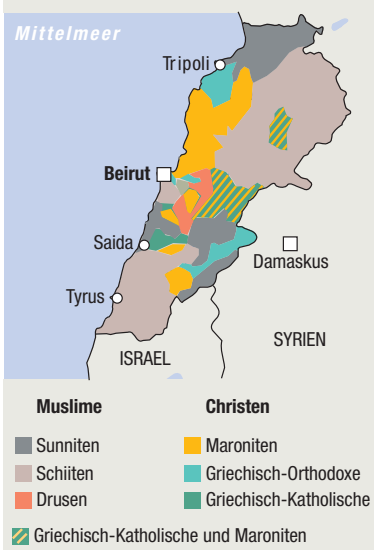
Gibt es jenseits der Konfessionen eine nationale Identität mit Werten, die von allen Libanesen geteilt werden?

Es ist die Liebe zum Land Libanon, das vor der Staatsgründung als «Mont Liban» bekannt war und seit Jahrhunderten eine eigene Identität hatte. Alle hängen an diesem Land: Maroniten und andere Christen, Drusen, Sunniten, Schiiten – auch wenn die Führung der schiitischen Kräfte momentan von Syrien und Iran gesteuert wird. Die libanesischen Identität ist da, ein Gefühl der Zugehörigkeit.

Hängt die gegenwärtige Krise auch mit mangelnder Aufarbeitung des letzten Bürgerkriegs (1975–1990) zusammen?

Es gibt die libanesischen Gewohnheit, nach jeder Auseinandersetzung die Devisen auszugeben, dass es weder Sieger noch Besiegte geben dürfe. Diese Haltung verleitet zum Verdrängen der eigentlichen Probleme. So wurde der letzte Bürgerkrieg absolut nicht verarbeitet. Die im Krieg führenden Kräfte wurden nach dem Konflikt wieder an der Regierung beteiligt, obwohl man von verschiedenen Ministern wusste, dass Blut an ihren Händen klebte. Anstatt die Krise und ihre Ursachen zu analysieren, ging man wieder zur Tagesordnung über. Manches Problem blieb deshalb ungelöst, so eben auch die Verteilung der Macht nach rein konfessionellen Kriterien.

LIBANONS KONFESSIONEN



Mosaik. Vier Millionen Libanesen werden über ihre Konfession definiert. baz-Gratik

stichwort

Konfessionalismus

QUOTENREGELUNG. Das politische System Libanons beruht auf dem Konfessionalismus, das heisst einer Quotenregelung nach religiösem Proport. Es gibt 18 anerkannte Konfessionen christlicher und muslimischer Ausrichtung. Unter diesen Gemeinschaften werden öffentliche Ämter proportional vergeben. Von der Unabhängigkeit im Jahre 1943 bis 1989 galt zwischen Christen und Muslimen ein Verteilungsschlüssel von 6 zu 5, der auf der einzigen Volkszählung von 1932 gründete. Seit 1989 gilt das Verhältnis 1 zu 1. Im Parlament haben Christen und Muslime je 64 Sitze. Man schätzt jedoch, dass schiitische und sunnitische Muslime die Bevölkerungsmehrheit bilden. wh

Der «Bankier der Armen» geht in die Politik

Mohammed Yunus, der Friedensnobelpreisträger von 2006, gründet in seiner Heimat Bangladesch eine eigene Partei

WILLI GERMUND, Bangkok

Seit Jahrzehnten kämpfen in Bangladesch zwei Familienclans verbissen um die Macht. Nun möchte Friedensnobelpreisträger Yunus die Politik in seinem Land aufmischen.

Mit seiner Idee, armen Leuten Kleinkredite zu gewähren, hat er Tausenden von Menschen den Weg aus der Armut geebnet. Letztes Jahr erhielt Mohammed Yunus dafür den Friedensnobelpreis. Jetzt will der «Bankier der Armen» die Politik seines Heimatlandes Bangladesch aufmischen. Sein Plan: Bis zum Ende dieses Monats soll seine neue Partei «Nagarik Shakti» – bengalisch für Bürgermacht – aus der Taufe gehoben werden. «Ich habe alles erreicht», begründete Yunus seinen Schritt, «aber ich

kann der Politik nicht länger fernbleiben.»

Yunus ist ein Neuling in der zerklüfteten politischen Landschaft der drittgrössten islamischen Nation der Welt. In den letzten Jahrzehnten lieferten sich die Familienclans von Sheikh Hasina Wajed und der mehrfachen Premierministerin Khaleda Zia verbissene Machtkämpfe. Seit dem 11. Januar herrscht der Notstand in Bangladesch. Die ursprünglich für den 22. Januar geplanten Wahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben.

Eine Übergangsregierung unter dem Ex-Chef der Zentralbank, Fakhuddin Ahmed, reformiert zurzeit Wahlgesetze und Wählerlisten. Er wird von Bangladeschs Generälen gestützt, die rund 60 führende

Politiker des Landes unter dem Vorwurf der Korruption festgenommen haben. Ihnen soll bald der Prozess gemacht werden – ein Vorhaben, das in der Bevölkerung grosse Sympathien geniesst.

POLITISCHES VAKUUM. Yunus, der noch letztes Jahr einer Allparteien-Koalition das Wort geredet hatte, stösst nun mit seiner neuen Partei in das politische Vakuum vor, das unter der De-facto-Militärregierung entstanden ist. Die «Grameen Bank», mit deren Hilfe Yunus die Mikrokredite verwaltete, will der «Bankier der Armen» verlassen. Doch er setzt unverhohlen auf die 6,6 Millionen «Mitglieder» der Bank, 97 Prozent von ihnen Frauen, in rund 71 000 Dörfern.

Dort sollen nun 20-köpfige Yunus-Unterstützergruppen gebildet werden. Die «Freiwilligen» müssten ihr eigenes Geld für die politische Arbeit einsetzen. «Wenn die Dorfbewohner wollen, dass gute Leute gewählt werden, müssen sie ihr eigenes Geld einsetzen», erklärte Yunus. Üblicherweise kaufen Kandidaten «Parlamentssitze» von den grossen Parteien – wohl wissend, dass sich nach der Wahl viele Türen für Privatgeschäfte öffnen.

Dennoch ist zweifelhaft, ob sich der «Bankier der Armen» nun zum «Retter von Bangladesch» wandelt. Der weltlich ausgerichtete Yunus werde Probleme haben, die islamischen Stimmen für sich zu mobilisieren, glaubt der Historiker Syed Anwar Hossain von der

Universität Dhaka, «und das ist die einzige, wirklich wichtige politische Kraft in Bangladesch». Anwar Quadir, ein Professor im Ruhestand, ist überzeugt, dass Yunus scheitern wird: «Er sollte lieber seine Rolle als Friedensnobelpreisträger nutzen, um den etablierten politischen Parteien ins Gewissen zu reden.»

ZWEI TRÜMPFE. Doch Yunus kann – zumindest vorläufig – auf zwei Trümpfe setzen. Die internationale Gebergemeinschaft, die Bangladesch mit Hilfgeldern in Millionenhöhe versorgt, glaubt an den «Bankier der Armen». Bangladeschs Militärs geben ihm ebenfalls Rückendeckung. Doch diese Allianz könnte sich als ein Pakt mit dem Teufel erweisen.



Mohammed Yunus. Der Ökonom setzt auf die Macht der Bürger. Foto Keystone